

Demokratisierung durch Engagementförderung in Ost und West:

Thesen zum Mehrwert eines Vergleichs

Der öffentliche Diskurs über bürgerschaftliches Engagement, das sich für die Stärkung der Demokratie einsetzt, unterliegt einem Zerrbild, wer wie und mit welchen Zielen sich für die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft engagiert. Besonders populär sind bspw. Bilder westdeutscher Jugendlicher, die sich für ein ‚besseres‘ Miteinander einsetzen, Aktivitäten urbaner Organisationen, die durch die Diversität ihrer Mitglieder neue Impulse einbringen und antidemokratischer Organisationen und Bewegungen, die durch ostdeutsche Städte marschieren und eine vermeintliche Fremdsteuerung durch ‚die da oben‘ anklagen. Eine Verstärkung dieses Zerrbilds hat nicht unerhebliche Konsequenzen für die Wirkungsstärke gegenwärtiger Engagements und ihrer Förderung; es frustriert Aktive und vermittelt das Gefühl der Sinnlosigkeit ihres Einsatzes. Zudem schreckt es Personen ab, für ihre Ideen Fördergelder zu akquirieren.

Im Zentrum dieses Beitrags steht weder der Versuch eines Vergleichs zwischen Fördererfolgen in Ost- und Westdeutschland noch die Frage, wie es zu diesem Zerrbild kommt. Als wichtiger sehe ich die Frage: *Welche Ansatzpunkte kann die Engagementpolitik von Bund und Ländern selbst nutzen, um den Negativwirkungen dieser Zerrbilder auf die Demokratieförderung an sich entgegenzuwirken?* Hier sehe ich vor allem vier Möglichkeiten als relevant, die unter anderen gegenwärtig direkt oder indirekt auf Veranstaltungen und in Dialogen diskutiert werden. Sie eint, dass sie beim eigenen Handeln der bisherigen Engagementförderung ansetzen: (1) gegenwärtige unklare Begrifflichkeiten auflösen, (2) eigene Rolle der Engagementförderung im Feld und normative Erwartungen reflektieren, (3) Ungleichgewicht im aktuellen Diskurs zur Frage ‚Was ist Demokratie?‘ entgegenwirken sowie (4) den bisher favorisierten Fokus überdenken.

These 1: gegenwärtige unklare Begrifflichkeiten auflösen

Der individuelle Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland für das Gemeinwohl trägt viele Namen: Die einen bevorzugen bspw. den Begriff *Ehrenamt*, engagieren sich fest gebunden an eine Funktion und ohne einen geldlichen Mehrwert. Andere bezeichnen ihre Aktivitäten als *bürgerschaftliches Engagement*, da sie hierüber einen gesellschaftspolitischen Einsatz hervorheben wollen. Wiederum andere verstehen sich als *freiwillig Engagierte*, ohne eine feste Bindung an eine Organisation, ihr Engagement ist an ein konkretes Problem gebunden und damit von Informalität und Spontaneität geprägt. Es gibt noch weitere Begriffe, die Verwendung finden und alle haben ihre gewisse Berechtigung, da sie die Vielfalt des uneigennütigen Einsatzes für unser Gemeinwohl widerspiegeln. Jedoch dominiert in der öffentlichen Engagementförderung nach wie vor der Begriff des Ehrenamts. Die Stichwortsuche sämtlicher Drucksachen des Deutschen Bundestages liefert bspw. zur 19. Wahlperiode 362 Verwendungen für den Begriff *Ehrenamt*, 151 Treffer für *bürgerschaftliches Engagement*, zwei für *freiwilliges Engagement* und keinen für den Begriff *gemeinnütziges Engagement*.

In diesem Ungleichgewicht liegen zweierlei Probleme: Erstens werden die Aspekte und Mehrwerte der anderen Engagementformen ausgeschlossen. Dies hat ganz konkret zur Folge, dass Förderprogramme nur bestimmten Engagementformen zugänglich gemacht werden und die Weiterentwicklung des Engagements in seiner Breite in der Förderung selbst unberücksichtigt bleibt. Zweitens wird ein Engagementverständnis reproduziert, welches mit der Wirklichkeit ‚vor Ort‘ nicht (mehr) übereinstimmt und die bestehende Vielfalt ignoriert.

Es sollte also ein gemeinsames Verständnis in Politik, Praxis und Forschung eines Oberbegriffs geschaffen werden, in dem sich sämtliche Formen wiederfinden. Dieser sollte folglich in der

konkreten Engagementförderung Verwendung finden, damit weniger populäre Engagementformen nicht ausgegrenzt werden.

These 2: eigene Rolle der Engagementförderung im Feld und normative Erwartungen reflektieren

Der uneigennützig Einsatz für das Gemeinwohl verdient Lob und Anerkennung, leicht schleicht sich jedoch die Wahrnehmung ein, dass es sich per se dabei um eine ‚gute‘ Tat handelt; gut in ihren Absichten und Wirkungen für unsere Demokratie. Inwieweit kann Engagementförderung aus öffentlicher Hand hier jedoch neutral beurteilen? Eine Unterstützung durch die Forschung ist unablässig, aber auch diese wird gebildet aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die selbst Mitglieder unserer Gesellschaft sind. Allzu leicht verschwimmen in Forschung und Bewertung unsere Identität als Wissenschaftler:in auf der einen und Individuum auf der anderen Seite. Eine vollumfassende Objektivität unseres Urteilsvermögens ist unmöglich, jedoch ist die stetige einzelne oder auch gemeinsame Reflektion innerhalb der Forschungs- und Entscheidungsprozesse wirksamer Indikator für mögliche Einflüsse. Dabei sollten wir uns alle ehrlich machen, dass wir eigene normative Erwartungen und Wünsche auf unsere Wahrnehmung projizieren.

These 3: Ungleichgewicht im aktuellen Diskurs zur Frage ‚Was ist Demokratie?‘ dezentral entgegenwirken

Die Friedrich Ebert Stiftung stellte 2019 fest, dass weniger als die Hälfte der Menschen in Deutschland zufrieden damit sei, wie die Demokratie in diesem Land funktioniere.¹ In den gegenwärtigen Debatten, die zeitgleich auf mehreren Medienkanälen und mit sehr hoher Informationstaktung verlaufen, stehen vor allem die Demokratieattribute Meinungsfreiheit, Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit im Mittelpunkt und reproduzieren ein recht heterogenes Bild, was darunter verstanden wird: Steht bspw. allein das Recht im Fokus, ihre/ seine Meinung frei äußern zu dürfen oder nur dann, wenn die Person zugleich auch andere Meinungen zulässt (Stichwort Meinungsvielfalt)? Kann das Recht auf Mitbestimmung und Partizipation nur über Demonstrationen und den Gang zur Wahlurne in Anspruch genommen werden, oder gibt es nicht auch weitere Beteiligungsmöglichkeiten, die genutzt werden können? In welchem Verhältnis steht das Mehrheitsprinzip der Wahlgewinner zum Recht auf Schutz von Minderheiten?

Die Frage nach einem gemeinsamen Demokratieverständnis ist ein Prozess der fortwährend geführt und immer wieder neu bestimmt werden muss. Nochmals auf die zuvor erwähnten Medienkanäle zurückkommend: Wer ist in diesen Debatten vorwiegend involviert? Wer beteiligt sich hier aktiv? Es ist zumeist nur eine kleine Auswahl an meinungsstarken Personen, die kein repräsentatives Spiegelbild unserer Gesellschaft wiedergeben. Auch diese Debatten sind wichtig, doch hilft es, wenn vor allem ‚vor Ort‘ gemeinsam mit den Bürger:innen ein Prozess zur Begriffsfindung stattfindet, indem Engagementpolitik als ein eigenes Politikfeld der dezentralen Demokratiestärkung durch die Bürger:innen selbst verstanden und betrieben wird.

These 4: Den bisher favorisierten Fokus überdenken

Ob unsere Demokratie durch Engagement der Bürger:innen gestärkt werden kann oder nicht, hängt von vielen Rahmenfaktoren und ihre Wirkungen untereinander ab. Sicherlich können sich diese über weite räumliche Distanzen hinweg unterscheiden. So steht es um die Startbedingungen in einem Örtchen mit guter Infrastruktur und hoher Erwerbsquote im Westen Deutschlands besser als in einer Gemeinde in Ostdeutschland mit einem unzureichenden Netz der Daseinsvorsorge und einem hohen Altersdurchschnitt ihrer Mitglieder. Wiederum ist das Ruhrgebiet eine Region, die als ehemals

¹ Siehe <https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie> (letzter Zugriff: 30.11.2021)

zentraler europäischer Industriestandort des 20. Jahrhunderts heute erneut mit einem Strukturwandel kämpft und ähnlich wie bspw. die Lausitz unter großen Infrastrukturdefiziten leidet. Zudem können auch auf lokaler Ebene Lebensrealitäten und Gestaltungsmöglichkeiten stark divergieren; München Hasenberg und Schwabing-West liegen nur wenige Kilometer voneinander entfernt, bieten aber gänzlich andere Grundvoraussetzung für Engagementinitiativen.

Schlussbemerkungen

Die Engagementpolitik von Bund und Ländern hat Ansatzpunkte, über die sie Engagement, das auf die Stärkung und Weiterentwicklung der Demokratie fokussiert, unterstützen kann. Dazu zählen vor allem das Abbauen begrifflicher Unklarheiten und Unsicherheiten in der konkreten Engagementpolitik, eine Verankerung der Selbstreflektion der eigenen Rolle und normativer Erwartungen im politischen Alltag, einem aktiven Entgegenwirken des bestehenden Ungleichgewichts verbreiteter Demokratieverständnisse in der Gesellschaft sowie eine Novellierung bestehender Vergleichsmaßstäbe günstiger und ungünstiger Rahmenbedingungen für wirkungsstarkes Demokratieengagement.

Stärkung unserer Demokratie sollte nicht als einziges Motiv des Engagements von Bürger:innen wahrgenommen und unterstützt werden, jedoch als ein wichtiges. Allerdings kann durch die Engagementpolitik grundsätzlich ein Mehr an Demokratie gewonnen werden, denn was das freiwillige Engagement von Bürger:innen im Kern auszeichnet, ist die aktive Beteiligung in und für das Wohl der Gemeinschaft. Dieses Motiv in sich ist bereits ein starker Wert der Demokratie-Idee und ist als solcher in jedem Engagement, obgleich in Ost- oder Westdeutschland wertzuschätzen und zu betonen.